



© Salvadore Brandt



## Liebe Leserinnen und Leser,

während der Klimawandel voranschreitet und die Weltbevölkerung stetig wächst, werden die natürlichen und finanziellen Ressourcen knapper. Inmitten der weltweiten Pandemie wird uns immer deutlicher vor Augen geführt, wie wichtig es ist, die natürlichen Lebensgrundlagen und die Handlungsspielräume zukünftiger Generationen zu bewahren. Wir müssen Verantwortung übernehmen und unser Wirtschaften, Regieren und Leben nachhaltiger gestalten.

Vor diesem Hintergrund hat in dieser Woche der Deutsche Bundestag zum ersten Mal im Rahmen von Nachhaltigkeitstagen über Grundprinzipien nachhaltiger Politik diskutiert – angefangen bei der Zukunft der Mobilität über einen handlungsfähigen Staat bis hin zum Klimaschutz.

Nachhaltigkeit braucht eine ganzheitliche Perspektive, die alle Politikbereiche in den Blick nimmt. Eine Schlüsselrolle spielt dabei unbedingt, Ökonomie und Ökologie in eine vernünftige Balance zu bringen. Dies wird uns nur gelingen, wenn wir uns von zwanghaften Ideologien frei machen und Lösungen finden, die gesamtgesellschaftliche Akzeptanz finden. Dafür brauchen wir ganz konkrete Ideen und Konzepte, die weder Verzicht noch Askese bedeuten, sondern die die Idee von einem nachhaltigen Leben für die Menschen greifbar machen und unseren Wohlstand nicht gefährden.

Daran arbeiten wir.

**Herzliche Grüße**

**Hans-Peter Friedrich**

### Diese Woche

Waldumbau ist Generationenaufgabe  
Entlastung der Kommunen bei Corona-Kosten  
Zurück zu regulären Marktbedingungen

2  
3  
4

Treten Sie mit mir in Kontakt:





## Waldumbau ist Generationenaufgabe



**GEMEINSAM!**  
**FÜR DEN WALD**

Die Folgen des Klimawandels belasten seit Jahren den Wald, die Forstbetriebe und den Holzmarkt erheblich. Die Wälder leiden unter Dürre, Stürmen und Borkenkäferbefall. Wir müssen jetzt handeln und unsere Wälder widerstandsfähiger machen, indem wir die Wiederaufforstung und den Waldumbau vorantreiben, denn wir brauchen den Wald – nicht nur als Lebensraum für viele Pflanzen- und Tierarten und als Erholungsraum für uns Menschen, sondern auch als Treibhausgassenke und als Wirtschaftsfaktor.

Die Unionsfraktion hat sich bereits in diesem und dem vergangenen Jahr dafür eingesetzt, dass Waldbesitzer bei der Wiederaufforstung und dem Umbau des Waldes unterstützt werden. Insgesamt stehen dafür 1,5 Milliarden Euro bereit. Das Geld wird dringend benötigt angesichts eines Schadholzanfalls von über 178 Millionen Kubikmeter und einer wiederzubewaldenden Fläche der Größe des Saarlandes.

Vom **18. bis 20. September**, also an diesem Wochenende, finden die **Deutschen Waldtage** statt. Veranstaltet vom Bundeslandwirtschaftsministerium und dem Deutschen Forstwirtschaftsrat sollen sie unter dem Motto „Gemeinsam! Für den Wald“ sensibilisieren für die Situation in unseren heimischen Wäldern und gleichzeitig für ein gemeinschaftliches Handeln werben, um den Wald und seine Leistungen für die Zukunft zu sichern.

Forstleute, Waldbesitzer und Vereine laden auch bei uns in Hochfranken zu lokalen Veranstaltungen im Rahmen der Deutschen Waldtage ein. Alle Veranstaltungen können Sie [hier](#) abrufen.

### Ein Zeichen für mehr Nachhaltigkeit

Heute hat die Unions-Fraktion Eichen, Rotbuchen, Weißtannen und Douglasien an die Abgeordneten verteilt. Als Baumbotschafter werden wir in diesen Tagen die Setzlinge mit in unsere Wahlkreise nehmen und dort einpflanzen und so ein Zeichen für mehr Nachhaltigkeit setzen. Ich habe mich für eine Eiche entschieden, die morgen einen neuen Platz im Frankenwald in Reitzenstein finden wird.

Mit der Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft Julia Klöckner bei der Übergabe der Setzlinge an die Abgeordneten.





## Entlastung der Kommunen bei Corona-Kosten

Die Corona-Pandemie hat in den vergangenen sechs Monaten überall Spuren hinterlassen. Neben allen Wirtschaftsbereichen haben auch alle staatlichen Ebenen tiefe Einschnitte zu verkraften. Unsere Kommunen leiden insbesondere unter den hohen Sozialausgaben, außerdem müssen sie mit erheblichen Mindereinnahmen bei der Gewerbesteuer rechnen.

Kommunen brauchen einen finanziellen Spielraum. Wir dürfen nicht riskieren, dass sie ihre Handlungsfähigkeit und ihre Investitionsfähigkeit einbüßen und gar gezwungen sind, ihre Steuern zu erhöhen. Mit dem Gesetz zur finanziellen Entlastung der Kommunen und der neuen Länder, das wir in dieser Woche verabschiedet haben, sorgen wir für Stabilisierung in den Kommunen:

- Die Länder erhalten aus dem Bundeshaushalt einen Betrag in Höhe von insgesamt **6,1 Milliarden Euro**, um die zu erwartenden Gewerbesteuermindereinnahmen der Gemeinden für das Jahr 2020 auszugleichen.
- Zur weiteren Stärkung der Finanzkraft der Kommunen wird der Bund dauerhaft weitere 25 % und insgesamt bis knapp unter 75 % der Leistungen für Unterkunft und Heizung in der Grundsicherung für Arbeitsuchende übernehmen. Durch diese **dauerhafte Entlastung bei den Sozialausgaben** stärken wir vor allem strukturschwache Kommunen langfristig.

## Modernisierungsschub für Krankenhäuser

Dass in Deutschland - im Vergleich zu anderen Staaten - nur wenige Menschen an Covid-19 verstorben sind, liegt auch daran, dass wir ein sehr gutes Gesundheitssystem haben. Umso wichtiger ist es, dass wir auch weiterhin in die Modernisierung und die Leistungsfähigkeit unseres Gesundheitssystems investieren, um künftig noch besser auf solche und ähnliche Gesundheitskrisen vorbereitet zu sein.

Der Bundestag hat deshalb in dieser Woche das Krankenhauszukunftsgesetz verabschiedet, mit dem wir insgesamt **3 Milliarden Euro in die Modernisierung der Krankenhäuser** investieren. Das Gesetz sieht die Einrichtung eines Fonds vor, aus dem die nötigen Maßnahmen finanziert werden sollen. Dabei geht es um die Modernisierung der stationären Notfallkapazitäten, die Verbesserung der digitalen Infrastruktur oder auch um die Förderung von Telemedizin und Robotik. Dies wird dauerhaft nicht nur den Patienten, sondern auch den Mitarbeitern im Gesundheitswesen zugutekommen. Darüber hinaus wird durch das Gesetz der Leistungszeitraum des Kinderkrankengeldes im Jahr 2020 einmalig um fünf Tage verlängert, für Alleinerziehende um zehn Tage. Damit unterstützen wir insbesondere Familien mit kleinen Kindern, die durch die Corona-Krise besonders belastet sind.

Die Verabschiedung des Krankenhauszukunftsgesetzes wird wunderbar ergänzt durch die Nachricht aus München, wonach der Ministerrat in dieser Woche den Startschuss für 17 neue Krankenhausbauvorhaben in ganz Bayern gegeben hat. Eines dieser Vorhaben betrifft die Klinik **Münchenberg, wohin 9,88 Mio Euro für den 2. Bauabschnitt der Sanierung** fließen.



## Zurück zu regulären Marktbedingungen

Von der Corona-Krise sind vor allem viele kleine und mittlere Unternehmen schwer getroffen. Dennoch sind deutschlandweit die Insolvenzzahlen in diesem Jahr niedrig. Auch bei uns in Oberfranken gab es in den vergangenen Monaten verhältnismäßig wenige Insolvenzen.

Dieses Ungleichgewicht zwischen Krise und Insolvenzzahlen zeigt uns, dass die staatlichen Corona-Hilfen und –Maßnahmen wirken. Es zeigt uns aber auch, dass wir allmählich wieder zu den regulären Marktbedingungen zurückfinden und sichtbar machen müssen, welche Unternehmen tatsächlich noch eine Chance haben.

Wir haben daher in dieser Woche beschlossen, dass die Regelung über die Insolvenzantragspflicht für den Insolvenzgrund der Überschuldung bis zum 31.12.2020 weiterhin ausgesetzt bleibt, dass zahlungsunfähige Unternehmen sich aber ab Oktober wieder den geordneten Verfahren des Insolvenzrechts unterziehen müssen. Das ist notwendig, um Gläubiger und andere Marktteilnehmer zu schützen und um das Vertrauen im Geschäftsverkehr nicht zu gefährden. Wir müssen Transparenz und Sicherheit schaffen für diejenigen Unternehmen, die gesund, leistungsfähig und innovativ sind.

Dass wir die Aussetzung der Insolvenzantragspflicht nur für überschuldete Unternehmen, bei denen noch keine Zahlungsunfähigkeit eingetreten ist, verlängern, und damit eine Differenzierung bei der Art der wirtschaftlichen Schieflage vornehmen, ist die richtige Entscheidung. Diesen Unternehmen verschaffen wir noch einmal Luft bis zum Ende des Jahres, ihre Zahlen auszugleichen.

Als Union fordern wir jetzt schnell Änderungen im materiellen Recht herbeizuführen. Wir wollen, durch ein vorinsolvenzliches Restrukturierungsverfahren auf Basis der entsprechenden europäischen Richtlinie, dass für Unternehmen, die in finanzielle Schieflage geraten sind, eine frühzeitige Sanierung möglich ist. Das würde Unternehmen in der Krise wirklich helfen. Das Bundesjustizministerium ist jetzt gefordert, schnell einen Entwurf vorzulegen.



### Impressum

Herausgeber: Dr. Hans-Peter Friedrich MdB, CSU im Bundestag

Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Telefon: 030 / 227 77491, E-Mail: [hans-peter.friedrich@bundestag.de](mailto:hans-peter.friedrich@bundestag.de),

Fax: 030 / 227 76040

Bildnachweis soweit nicht gesondert gekennzeichnet: privat